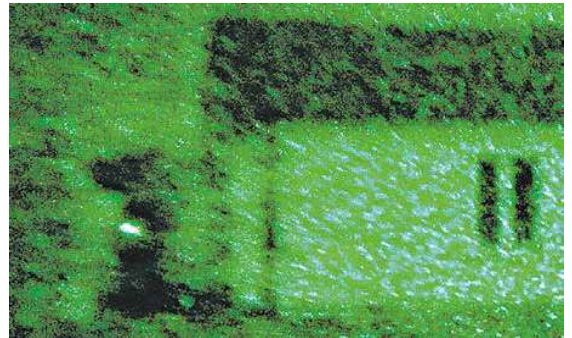




Hannibal (rechts) beim Treffen mit einem israelischen Privatdetektiv

Im Innen-ausschuss des Bundestags sitzt ein AfD-Politiker, der den Mitgründer von Uniter von früher kennt



Fortsetzung von Seite 21

Ausbilder in Libyen über Spezialwissen, über Fähigkeiten, mit denen sie den deutschen Staat, die deutschen Staatsbürger schützen sollten. Und das haben sie als Privatleute an einen Diktator und seine Polizisten verkauft. Verkauften sie auch Geheimnisse? „Das war von hier aus unmöglich zu ermitteln“, sagt heute einer der damaligen Ermittler.

Trotzdem ist Thomas B.s Ausbildungsmission ein Präzedenzfall. Für Uniter, weil sie zeigt, dass solche Aufträge umsetzbar sind, dass deutsche Spezialkräfte und ihr Wissen im Ausland gefragt sind.

Für die Ermittler und die Richter ist Libyen damals ein Präzedenzfall, um sich festzulegen: Das geht gar nicht. Konkret urteilt der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg 2017: „Die Unterstützung eines solchen Staates durch deutsche Beamte kann den Eindruck erwecken, dass der Beamte, sein Dienstherr oder auch die Bundesrepublik Deutschland als solche mit einem totalitären Regime sympathisiert.“

Bundestag

Im Deutschen Bundestag versuchen manche Abgeordnete seit Monaten, aufzuklären. Und es gibt andere, die auffallend engen Kontakt zu den Akteuren haben. Für einen AfD-Abgeordneten, der im Verteidigungsausschuss sitzt etwa, arbeitet ein Bekannter von

Franco A., er heißt Maximilian T. Gegen ihn hatte die Bundesanwaltschaft zunächst auch ermittelt.

Im Innenausschuss sitzt der AfD-Abgeordnete Martin Hess. Was nur wenige wissen: Auch Hess war früher in der Böblinger BFE 523, auch er war ein direkter Kollege von Michèle Kiesewetter, auch von Thomas B., dem Polizisten mit den guten Kontakten nach Libyen. Und von Verfassungsschützer Ringo M., dem Mitgründer von Uniter e. V. Er antwortet nicht, als wir ihn mehrfach um ein Gespräch über Uniter bitten.

In einer Sitzung des Innenausschusses im Dezember 2018 stellt Martin Hess Überlegungen zu Hannibal und seinem Netzwerk an, die im Protokoll nachzulesen sind: Könnte man die Vorbereitungen auf Worst-Case-Szenarien nicht als theoretische Überlegungen von Fachleuten bewerten, fragt er dort, „also im Sinne einer Übungsannahme“? Ähnlich hatte auch Hannibal argumentiert, als ihn das Bundeskriminalamt befragte zum Tag X, zu den Safe-Häusern und Munitionslagern, über die in den Chats und bei Treffen gesprochen worden war: Alles nur ein Gedankenspiel, alles harmlos.

Auszüge aus dem Protokoll eben jener Innenausschusssitzung zeigen, wie schwer es für die Ermittler und sogar für die Nachrichtendienste ist, Gebilde wie Uniter und das Schattennetzwerk zu untersuchen und zu bewerten. Ja, überhaupt zu definieren.

Christoph Schäfer, Leiter der Gruppe für gewaltorientierten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, teilt mit: Bereits seit 2016 habe man sich den Chatgruppen in Norddeutschland „mit vollem“ nachrichtendienstlichen Mitteleinsatz gewidmet und rechts-extreme Bezüge gefunden. Franco A. und sein Umfeld: rechtsextrem. Aber ein konspiratives Netzwerk mit dem Zweck, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu gefährden?

Die Vertreterin des Generalbundesanwalts, Cornelia Zacharias sagt laut Protokoll: „Also das soll jetzt nicht heißen, dass wir mit der Geschichte Gruppe Süd, Verbindung Franco A., eventuell auch noch Uniter, dass kann sich alles noch ergeben, am Ende sind. Also da bitte ich das Ermittlungsergebnis noch abzuwarten.“

Später sagt Konstantin von Notz, Abgeordneter der Grünen: Ermittlungsverfahren seien ja das eine, um jedoch einschätzen zu können, mit was sie es eigentlich zu tun hätten, wäre es ja schon wichtig, zu erfahren, wie viele Personen in dem Netzwerk von der Polizei kämen, wie viele aus der Bundeswehr, wie viele aus der Justiz. „Das ist doch eine megarelevante Frage. Eine megarelevante Frage!“

Daraufhin antwortet Zacharias: „Ich kann es doch noch gar nicht abschließend bewerten, wenn die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.“

Für die Bundesanwaltschaft ist ein Netzwerk keine relevante Kategorie, sie sucht nach Straftaten, nach Tätern. Die Ermittler, die Staatsschützer und die Politiker blicken auf einen Verein, der sich in Grauzonen bewegt, vielleicht ja tatsächlich nicht mit echten Waffen für Kriegsszenarien trainiert. Oder nur in einem fernen Land, das deutsche Sicherheitsfragen nicht direkt berührt.

Bislang sind keine Opfer dieses Netzwerkes bekannt. Aber Uniter will wachsen, an Einfluss gewinnen. Kann dann ein Verfassungsschutz eine Vereinigung als gefährlich bewerten, wenn einer seiner Mitarbeiter sie überhaupt erst ins Leben gerufen hat? Wer soll klar sehen, wenn in so vielen der beteiligten Institutionen jemand sitzt, der eine private Beziehung ins Netzwerk hat?

Söldner

Am 8. Februar 2019 erscheint auf der Webseite von Uniter ein Text. Der Verein, heißt es da, wolle ein Qualitätssiegel für die Sicherheitsbranche sein und mit seinem Ethik-Kodex weltweit Maßstäbe setzen. „Insbesondere im Ausland tätige Firmen haben erkannt, dass es von Vorteil ist, das eigene Sicherheitspersonal regelmäßig fortzubilden.“

Am 13. Februar schreibt eine Sicherheitsfirma auf Facebook über einen Besuch in der deutschen Botschaft in Guinea und über ihr „zukünftiges Arbeitsumfeld“. Auch Firmen wie diese können bei Uniter Mitglied sein. Es ist

eine Sicherheitsfirma, die zwei ehemalige Fallschirmjäger im Sommer 2018 gegründet haben. Der Geschäftsführer arbeitete zuletzt bei der Bundespolizei und hat dort ein Uniter-Patch auf seiner Uniform getragen. Das Unternehmen sucht derzeit Personal für Einsätze in Afrika und den Mittleren Osten. „Vorzugsweise ehemalige Soldaten und Polizisten aus Kampf- und Sondereinheiten mit Einsatzerfahrung.“

Im Sommer 2019, so ist aus dem Netzwerk zu hören, wollen Uniter-Mitglieder wieder auf die Philippinen reisen. Um sich einem Autokraten anzudienen, dem Menschenrechte egal sind.

Ein ehemaliger SEK-Polizist aus dem Umfeld des Vereins sagt uns: Uniter würde gern eine Art Blackwater bilden. Blackwater, die berühmte Söldnerfirma aus den USA. „Aber das gibt der deutsche Markt nicht her, und es ist auch nicht erwünscht.“

Ein Ex-Vereinsmitglied sagt uns: Er wisse nicht, mit welchem Status Uniter-Mitglieder in philippinischen Krisengebieten herumlaufen wollen: „Sind die dann im Zweifel ausländische Kämpfer, also Söldner?“

Am 11. März, einen Tag nachdem wir die Verfassungsschutzverbindung zu Uniter aufgedeckt haben, wird im Vereinsregister in Stuttgart ein neuer Vorstand eingetragen. An der Spitze stehen jetzt zwei Männer, die in der Schweiz leben. Der Verein wird nun von dort aus dirigiert.

450

rechtsextremen Verdachtsfällen in der Bundeswehr geht der Militärische Abschirmdienst (MAD) derzeit nach

Quelle: Verteidigungsministerium

0

Soldaten des Kommandos Spezialkräfte hat der MAD seit 2012 als „erkannte Rechtsextremisten“ eingestuft

Quelle: Verteidigungsministerium

taz genossenschaft

J E V E U X

Ein demokratisches Europa braucht eine unabhängige Presse.

Demokratische Gesellschaften brauchen eine freie Presse, deshalb sichern mehr als 18.700 Menschen die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Machen Sie Ihr Kreuz bei der Meinungsvielfalt.

Erwerben auch Sie Eigentum an einer Tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen. Mit einer Einlage ab 500 EUR (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft.



geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft